

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.565.127

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)3240/J-NR/2020

Wien, am 30. Oktober 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Gerald Loacker, Dr. Helmut Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen haben am 01. September 2020 unter der Nr. **3240/J-NR/2020** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Beratungs- und Personalverträge in der COVID-19-Pandemie“ gerichtet.

Ich gehe aufgrund des Anfragetitels, -zeitraums und der einleitenden Bemerkungen in der Anfrage davon aus, dass Gegenstand der Anfrage Vertragsabschlüsse des Bundesministeriums für Justiz im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie sind und beantworte diese Anfrage nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 8 und 10:

- *1. Welche externen Dienstleistungen wurden seit dem 01.03.2020 bis zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung beauftragt?*
 - a. Mit welchen Institutionen, Firmen, Unternehmen o.A., wurden die jeweiligen Verträge abgeschlossen?*
 - b. Wie hoch waren die Aufwendungen dafür und wo wurden sie verbucht?*
 - c. Welchen Zweck hatten diese Dienstleistungen?*
- *8. Wie viele Werkverträge wurden in Ihrem Ressort seit dem 01.03.2020 bis zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung abgeschlossen? (Bitte um Auflistung je Verwendung und Vertragsbeginn nach Kalenderwoche) (inkl. Kabinettsmitglieder)*

- a. Was war jeweils der Grund für die Einstellung unter diesem Rechtstitel?*
- b. In welchen Dienststellen wurden diese jeweils eingesetzt und wofür?*
- c. Bestanden für die jeweiligen Werkvertragsnehmer_innen Dienstpläne?*
- d. Wie viele Tage/Stunden befanden Sie sich jeweils in der Dienststelle?*
- e. Haben die Werkvertragsnehmer_innen Zutrittskarten erhalten?*
- f. Wurden von den Werkvertragsnehmer_innen Zeitaufzeichnungen geführt bzw. wurde die Vorlage von Zeitaufzeichnungen verlangt?*
- g. Haben die Werkvertragsnehmer_innen Arbeitsutensilien von Ihrem Ressort erhalten (z. B.: Laptops, etc.)?*
- h. Wurden von Ihrem Ressort Arbeitsplätze für die Werkvertragsnehmer_innen zur Verfügung gestellt?*
- i. Wem gegenüber waren die Werkvertragsnehmer_innen weisungsgebunden?*
- j. Bitte um Übermittlung eines entsprechenden Mustervertrages.*
- *10. Welche Unternehmen, Institutionen, Organisationen oder Personen wurden als Berater_innen seit dem 01.03.2020 bis zum Datum der Anfragebeantwortung vom Ministerium engagiert?*
 - a. Wie hoch waren die Aufwendungen dafür und wo wurden sie verbucht?*
 - b. Welchen Zweck hatten diese Beratungsleistungen?*
 - c. Nach welchen Kriterien wurden die Unternehmen, Institutionen, Organisationen oder Personen beauftragt?*
 - d. Ging dieser Beauftragung eine öffentliche Ausschreibung voraus?*

Im August 2020 wurde mit der SAEXINGER Gesellschaft m.b.H. ein Vertrag zur Lagerhaltung von Artikeln wie insbesondere Desinfektionsmittel abgeschlossen, die in den vorsorglich für die nächsten Monate beschafften Mengen nicht vollständig in eigenen Räumlichkeiten gelagert werden können und – insbesondere aufgrund von Brandschutzvorschriften – dürfen. Dafür wurde bisher lediglich eine Rechnung für die Einlagerung in der Höhe von 144 Euro gelegt. Bis Jahresende 2020 wird derzeit mit Gesamtkosten für die Lagerung in Höhe von rund 1.150 Euro gerechnet. Eine genauere Angabe ist im Hinblick auf die Abhängigkeit der Kosten von den jeweils eingelagerten Mengen, allfälligen zwischenzeitlichen Ein- und Auslagerungen etc. nicht möglich.

Darüber hinaus wurden im Zusammenhang mit der COVID 19-Pandemie im Zeitraum 1. März 2020 bis 1. September 2020 keine Werkverträge abgeschlossen oder Dienstleistungen bzw. Berater*innen beauftragt.

Am 13. Mai 2020 fand ein von der „KDZ – Managementberatungs- und Weiterbildungs-GmbH“ abgehaltenes Webinar zur „Arbeitssicherheit in COVID-Zeiten“ statt, an dem ein

Mitarbeiter des Justizministeriums teilgenommen hat. An Kosten sind hierfür 228 Euro angefallen.

Zu den Fragen 2 bis 7 und 9:

- 2. Wie viele Planstellen wurden in Ihrem Ressort seit dem 01.03.2020 bis zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung mit überlassenem Personal, Externen, Karenzvertretungen, Verwaltungspraktikant_innen, Lehrlingen o.Ä. als Dauerdienstverhältnis besetzt? (Bitte um Auflistung je Verwendung und Vertragsbeginn nach Kalenderwoche)
- 3. Wie viele Sonderverträge für Personal wurden in Ihrem Ressort zwischen dem 01.03.2020 bis zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung abgeschlossen? (Bitte um Auflistung je Verwendung und Vertragsbeginn nach Kalenderwoche)
 - a. Wie hoch waren die jährlichen Aufwendungen dafür und wo wurden sie verbucht?
 - b. Über welchen Zeitraum hinweg wurden diese Sonderverträge geschlossen?
 - c. Welche Tätigkeiten umfasste die Anstellung?
- 4. Wie viele Personen waren in Ihrem Ressort aufgrund eines Arbeitskräfteüberlassungsvertrages, Arbeitsleihvertrages oder ähnlicher Verträge seit dem 01.03.2020 bis zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung beschäftigt? (Bitte um Auflistung je Verwendung und Vertragsbeginn nach Kalenderwoche)
 - a. Mit welchen Institutionen, Firmen, Unternehmen o.A., wurden die jeweiligen Verträge abgeschlossen? (inkl. Kabinettsmitglieder)
 - b. Wie hoch waren die Aufwendungen dafür und wo wurden sie verbucht?
 - c. Über welchen Zeitraum hinweg wurden diese Arbeitskräfteüberlassungsverträge geschlossen?
- 5. Wie viele Beschäftigte sind seit dem 01.03.2020 bis zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung als Sachaufwand verbucht worden? (inkl. Kabinettsmitglieder)
- 6. Wie viele freie Dienstverträge wurden in Ihrem Ressort seit dem 01.03.2020 bis zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung abgeschlossen? (Bitte um Auflistung je Verwendung und Vertragsbeginn nach Kalenderwoche Leistungsgegenstand und Leistungszeitraum) (inkl. Kabinettsmitglieder)
- 7. Zu den freien Dienstnehmer innen:
 - a. Was war jeweils der Grund für die Einstellung unter diesem Rechtstitel?
 - b. In welchen Dienststellen wurden diese jeweils eingesetzt und wofür?
 - c. Bestanden für die jeweiligen freien Dienstnehmer_innen Dienstpläne?
 - d. Wie viele Tage/Stunden befanden Sie sich jeweils in der Dienststelle?
 - e. Haben die freien Dienstnehmer_innen Zutrittskarten erhalten?
 - f. Wurden von den freien Dienstnehmer_innen Zeitaufzeichnungen geführt bzw. wurde die Vorlage von Zeitaufzeichnungen verlangt?

- g. Haben die freien Dienstnehmer_innen Arbeitsutensilien von Ihrem Ressort erhalten (z. B.: Laptops, etc.)?*
- h. Wurden von Ihrem Ressort Arbeitsplätze für die freien Dienstnehmer_innen zur Verfügung gestellt?*
- i. Wem gegenüber waren die freien Dienstnehmer_innen weisungsgebunden?*
- j. Bitte um Übermittlung eines entsprechenden Mustervertrages.*
- *9. Wie viele Verwaltungspraktikant_innen wurden in seit dem 01.03.2020 bis zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung eingestellt?*
 - a. Über welchen Zeitraum hinweg wurden diese Verträge geschlossen?*
 - b. Welche Tätigkeiten umfasste die Anstellung?*
 - c. Wie wurde die Einführung in die einschlägige Verwaltungstätigkeit nach § 36a. Abs 2 VGB durchgeführt?*

Das Bundesministerium für Justiz hat im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie keine Dienst-, Sonder-, Arbeitsleih-, Werk- oder freie Dienstverträge abgeschlossen und auch keine Verwaltungspraktikant*innen aufgenommen.

Zur Frage 11:

- *Gab/Gibt es einen Beratungsvertrag mit der Firma Accenture?*
 - a. Wenn ja, wie hoch waren die Aufwendungen dafür und wo wurden sie verbucht?*
 - b. Wenn ja, welchen Zweck hatten diese Beratungsleistungen?*
 - c. Wenn ja, nach welchen Kriterien wurden das Unternehmen oder einzelne Personen beauftragt?*
 - d. Wenn ja, ging dieser Beauftragung eine öffentliche Ausschreibung voraus?*

Vom Bundesministerium für Justiz (Zentralstelle) wurden keine Aufträge an Accenture im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie vergeben.

Zu den Fragen 12 und 13:

- *12. Welche Dienstleistungen wurden zwischen dem 01.03.2020 bis zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung über das Bundesrechenzentrum abgewickelt?*
- *13. Welche Dienstleistungen wurden zwischen dem 01.03.2020 bis zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung über die Bundesbeschaffung GmbH abgewickelt?*

Das Bundesrechenzentrum ist der zentrale IT-Dienstleister des Bundesministeriums für Justiz und wickelt laufend alle erforderlichen und beauftragten Dienstleistungen ab (wie z.B. Betrieb des Netzwerks, einer Hotline, von Servern und Applikationen [wie ELAK, HV- und

PM-SAP, etc.])). Diese Leistungen stehen jedoch in keinem Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie.

Nahezu alle Beschaffungen des Bundesministeriums für Justiz werden laufend über den e-Shop der Bundesbeschaffung GmbH abgewickelt. Im anfragegegenständlichen Zeitraum (1. März 2020 bis 1. September 2020) wurden jedoch keine im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie beauftragten Dienstleistungen über die Bundesbeschaffung GmbH abgewickelt.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

